



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Italien und der Dreibund. Botschafter Graf Lanza. Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Rußlands. Kein Lombardverbot. Der Reichskanzler. Herr von Holstein. Das Osterei des Reichstags.)

Aus der Polemik italienischer Blätter über oder gegen Deutschlands Haltung nach dem Ausgange der Marokkofonferenz ist eine Äußerung der römischen Stampa bemerkenswert, die behauptet, viel zu der Verstimmung zwischen Berlin und Rom habe der Umstand beigetragen, daß Italien in Algieras eine auf seine Veranlassung in den Dreibundvertrag bei dessen Erneuerung eingefügte Bestimmung zu wenig beachtet habe, worin sich die Verbündeten verpflichten, „diplomatisch oder mit Waffengewalt jede Verletzung des status quo im Mittelmeer zu verhindern“. So scharf wird diese Bestimmung kaum gefaßt sein, aber daß für einen solchen Fall eine gemeinsame Verständigung der drei Mächte in Aussicht genommen worden ist, gilt in unterrichteten Kreisen für zutreffend. Danach war Italien durch Sinn und Wortlaut der Dreibundakte verpflichtet, in Algieras mit Deutschland zu gehn, und zwar in einem über die bisherigen Annahmen weit hinausreichenden Maße verpflichtet. Die italienischen Staatsmänner behaupten jetzt, Deutschland habe gegen Italiens Erwartung zu früh nachgegeben und dadurch Italien im letzten Augenblick die Möglichkeit einer Deutschland unterstützenden Vermittlungaktion genommen. Viel Glauben werden die Italiener damit in Berlin nicht gefunden haben, ebenso wie mit der andern Behauptung, sie hätten Visconti-Venosta in Algieras freie Hand lassen müssen. Es sei das keine Bedingung für die Übernahme des Mandats gewesen, die italienische Regierung habe sich deshalb in ihrer Einwirkung auf Ratschläge beschränkt gesehen und sei nicht in der Lage gewesen, ihm von Fall zu Fall Instruktionen zu erteilen. Auch wenn das alles richtig wäre, läge doch die Erwägung nahe, weshalb ein bundestreues Italien seine Vertretung auf einer Konferenz, die dazu bestimmt war, einen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich in einer Angelegenheit auszugleichen, die die Bedeutung einer allgemeinen Prinzipienfrage angenommen hatte, seine Vertretung einem Staatsmanne von ausgesprochenen französischen Anschauungen übertrug. Visconti-Venosta ist in der italienischen Politik immer der Vertreter des Zusammengehens mit Frankreich gewesen. Er war im Sommer 1870 bei Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges Minister, die militärischen Vorbereitungen, die Italien damals traf, gehören der Geschichte an. Viktor Emanuel war bei seinem Besuche in Berlin 1873 ehrlich genug, zuzugeben, daß er gewillt gewesen sei, an dem Kriege gegen uns teilzunehmen; Italien ist daran nur durch die rapide Entwicklung der Ereignisse zwischen dem 4. August und dem 2. September, dann allerdings auch durch die Haltung der Linken des Parlaments verhindert worden. Die italienische Aktionspartei, die im Spätherbst das Garibaldische Korps nach Frankreich sandte, schien bei Ausbruch des Krieges entschlossen zu sein, eine Beteiligung Italiens zu verhindern, später begünstigte die Regierung die Garibaldische Expedition wohl mehr mit der Absicht, diese Elemente aus Italien los zu werden. Aber im Grunde genommen ist Visconti-Venosta heute noch derselbe, der er 1870 war, in Rom hat deshalb auch wohl kein Zweifel bestanden, wie seine Ernennung zum Vertreter Italiens in Algieras von Deutschland beurteilt werden würde. Vorausichtlich sind die Italiener mit derselben Anschauung wie die Franzosen zu der Konferenz gegangen, daß Deutschland dort schließlich nachgeben werde, und daß es sich in Algieras eigentlich nur um die Auffindung einer annehmbaren Formel handle, eine Anschauung, die namentlich auf der englischen Seite bestand und von dieser wohl in Rom ebenso wie in Paris und Petersburg mit Nachdruck vertreten worden ist. Die Italiener sahen somit allerdings wohl keinen Anlaß, sich über eine Sache aufzuregen, von der sie annahmen, daß Deutschland ungeachtet der sehr bestimmten Sprache seiner Diplomatie nachgeben werde, und wobei sie ihre Rechnung bei Frankreich zu finden glaubten. Von einer gewissen Bewegung in der italienischen Presse abgesehen, die ja auch in den in beiden Häusern des Parlaments an die

Regierung gerichteten Interpellationen zum Ausdruck gelangt ist, glaubt man wohl in Italien nirgend an Folgen, die sich aus der Haltung der italienischen Regierung für das Dreibundverhältnis ergeben könnten. Der Dreibund sichert Italien vor Feindseligkeiten Österreichs, und der Wert Italiens im Dreibunde besteht für Deutschland darin, daß die österreichische Armee damit für die eigentlichen Zwecke des Bundes intakt bleibt. Solange Italien nicht an eine andre Kombination glaubt, die es ihm mit Erfolg ermöglichen würde, gegen Österreich Krieg zu führen, wird es immer zu der Verlängerung des Dreibundes bereit sein, wobei Italien der empfangende, nicht der gebende Teil ist. Deutschland und Österreich wiederum werden in die Erneuerung der Abmachung mit Italien wohl so lange willigen, als diese Österreich eine loyale Deckung für die Integrität seiner welschen Landesteile bietet. An diesem einen Punkte hängt hauptsächlich jede Verlängerung des Dreibundes.

Die Veränderung in den Beziehungen Italiens zu Deutschland kommt jedoch unverkennbar in der Veränderung des Berliner Botschafterpostens zum Ausdruck, die von Rom signalisiert wird. General Lanza, Italiens langjähriger Vertreter in Berlin, war in seiner Person die Inkarnation des intimen Verhältnisses, das zu Umberto's Zeiten zwischen Rom und Berlin bestand. Mit der Thronbesteigung des jetzigen Königs ist hierin ein Wandel eingetreten, die frühere Intimität ist verblaßt und hat schon wiederholt eine gegenteilige Färbung angenommen. General Lanza hat deshalb schon zweimal seinen Wunsch nach Enthebung von dem Berliner Posten zu erkennen gegeben, ist aber beidemal durch den Wunsch des Kaisers, der ihn ebenso als Diplomaten wie als Soldaten schätzt, bestimmt worden, auszuhalten. Diesemal scheint es Ernst zu werden. Lanza sah seine Stellung als unmöglich geworden an von dem Augenblicke, wo Tittoni und sein Amtsvorgänger geheime Abmachungen mit Frankreich trafen, die Deutschland vorenthalten wurden. Der General erkennt jetzt mit Bedauern, daß er zu lange in Berlin ausgehalten hat und dadurch wider Willen Vertreter einer Politik geworden ist, deren Loyalität ihm nicht mehr als einwandfrei galt und gelten konnte. Jetzt wird es darauf ankommen, wie Italien den Berliner Posten zu besetzen gedenkt, zumal bei dem Eifer, den Herr Tittoni, der bisherige Minister des Auswärtigen und nunmehrige Botschafter in London, dort entwickelt, um die Befestigung der englisch-französisch-italienischen Bündnispolitik zu betreiben. Ein neuer Dreibund, der es Italien ermöglichen soll, seine alten Absichten auf Südtirol und Triest zu verwirklichen! Rußland ist wohl als der Vierte im Bunde gedacht. Es ist also Delcassésche Politik, die Herr Tittoni in London betreibt. Die Abneigung der Engländer, an Österreichs Integrität zu rühren — sie behaupten ja fortgesetzt in allen Weltteilen, daß Deutschland im Begriffe stehe, Österreichs deutsche Landesteile an sich zu reißen, und daß sich „Europa“ gegen diese Verschiebung des Gleichgewichts vorsehen müsse —, wird aber auch Tittoni nicht überwinden. Die Zerstückelung Österreichs, die England Deutschland verwehren zu müssen glaubt, kann es unmöglich Italien gestatten. König Eduard hat seinem bevorstehenden Besuch in Neapel einen „privaten“ Mantel angehängt, teils wohl in der Empfindung, daß sich der Golf von Neapel gegenwärtig zu festlichem Gepränge nicht eignet, teils wohl in der andern Erwägung, daß eine ostentative „Begrenzung in Neapel“ die Gesamtlage um einen neuen Grund der Beunruhigung bereichern würde in einem Augenblicke, wo nach der Spannung von Algeciras alle Welt, Englands öffentliche Meinung nicht zum wenigsten, Ruhe verlangt. Der „private“ Besuch soll die Tatsache äußerlich abschwächen, vielleicht aber auch den Italienern nahelegen, für allzu übertriebne Projekte keine Rechnung auf England zu machen. Italien wird gut tun, sich vorzusehen, daß es gelegentlich nicht zwischen zwei oder gar drei Stühlen zu Boden kommt.

In den letzten Tagen ist der russische Telegraph außerordentlich beredt gewesen, die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands in einem möglichst günstigen Lichte zu zeigen. Dem lag wohl die Absicht zugrunde, der ungünstigen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Reichs, wie sie in der Martinschen Publikation und in einzelnen deutschen Blättern zum Ausdruck gelangt ist, entgegenzuwirken. Es fällt

in dieser Richtung namentlich die starke Betonung auf, daß die russische Regierung jetzt nach Rückkehr großer Teile des Heeres aus Ostasien militärisch hinreichend in der Lage sei, Agrarunruhen, falls und wo immer solche überhaupt zu befürchten seien, mit allem Nachdruck zu verhindern. Der immer wiederkehrende Hinweis auf bevorstehende Bauernaufstände größten Umfangs ist es ganz besonders, der das Vertrauen in die Wiederkehr wirtschaftlicher Ordnung und finanzieller Erstarlung Rußlands beeinträchtigt hat. Die Martinsche Publikation leidet offenbar an großer Einseitigkeit und an vielen Übertreibungen, enthält daneben aber zweifellos viel Nichtiges. Ob sich die Duma als ein Werkzeug der Sammlung und der Ordnung oder als ein neues Element der Zerfetzung erweisen wird, ist eine noch völlig offene Frage, von deren Beantwortung wohl die ganze weitere Entwicklung Rußlands abhängen dürfte. Die Duma kann sich, in geschickter Regierungshand, als der starke Hebel erweisen, mit dessen Hilfe Rußland aus dem Sumpfe seiner jetzigen Verhältnisse hoch herausgehoben wird. Entgleitet sie aber der Hand der Regierung, erweist sich die Regierung nicht als stark oder verständig genug, die Führung zu behalten, so können die Verhältnisse leicht unberechenbar werden. Beachtenswert erscheint das stärkere Hervortreten der konservativen, altrussischen Richtung, die von Reformen „westlicher“ Art überhaupt nicht viel wissen will, sondern nur „Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit und Volkstum“ als die drei Säulen der russischen Macht anerkennt. Es ist dies das natürliche Gegengewicht zu dem extremen Radikalismus auf der andern Seite. Die Entscheidung wird bei den gemäßigten Elementen liegen, die einerseits eine den nationalen Eigentümlichkeiten des russischen Lebens angepasste Verfassung und deren loyale Durchführung anstreben, andererseits verhindern möchten, daß die militärische Diktatur das Ende vom Liede ist.

Eine solche würde unvermeidlich werden, wenn der Radikalismus von links oder rechts die Oberhand gewinnen sollte. Für die gemäßigten Elemente wird der Weg um so schwieriger werden, als hinter dem Radikalismus auf der linken Seite alle die revolutionären Elemente der verschiedensten Gattung stehen, die ein Interesse daran haben, Rußland nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und die Gegensätze zu vertiefen. Diese arbeiten dann allerdings für die militärische Diktatur. Die Martinschen Übertreibungen, wie sie neuerdings u. a. in der Forderung eines Lombardierungsverbots der russischen Werte zutage getreten sind, haben in der deutschen Presse einen ziemlich einmütigen Widerspruch erfahren, wohl ein Beweis, daß die öffentliche Meinung in Deutschland angesichts der finanziellen Lage Rußlands wohl Vorsicht üben, aber Feindseligkeiten gegen Rußland nicht gutheißen will. Ein Lombardverbot wäre eine direkt feindselige Maßregel gewesen, die zudem nicht nur Rußland, sondern auch alle deutschen Besitzer russischer Papiere schwer geschädigt haben würde. Zu solchen Maßnahmen liegt weder in den finanziellen noch in den politischen Verhältnissen ein Anlaß vor. In dem Augenblick, wo andre Nationen Rußland einen zwar teuern, aber immerhin großen Kredit gewähren, würde ein deutsches Lombardverbot eine direkt provozierende Maßregel sein, die nicht nur Rußland, sondern auch seine Kreditgeber trafe. Auch würde sich Deutschland damit jede Beteiligung an der künftigen wirtschaftlichen Erschliefung Rußlands abschneiden, die doch immerhin Ziel und Aufgabe jeder einsichtigen russischen Regierung bleiben muß. Sodann darf bei allen Maßnahmen, die unsre wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zum Gegenstande haben, der augenblickliche Handelsverkehr nicht außer Ansatz bleiben. Rußlands Einfuhr nach Deutschland belief sich im Jahre 1905 auf mehr als eine Milliarde Mark, von denen etwa 130 Millionen auf Edelmetalle kommen. Die reine Warenausfuhr aus Rußland nach Deutschland stellt sich nach den Veröffentlichungen des Reichsanzeigers also für 1905 auf 961 Millionen Mark gegen 805 Millionen für 1904. Es ist sonach ungeachtet des Krieges eine Zunahme von 156 Millionen Mark zu verzeichnen, eine Zahl, die allerdings teils durch die Erhöhung der für die Berechnung maßgebenden Einheitswerte, teils durch die Vermehrung der Getreideeinfuhr um 587 000 Tonnen entstanden ist. Die deutsche Ausfuhr nach Rußland hat an Steinkohlen, Salz und Eisenwaren bedeutende Zunahmen zu verzeichnen. Wenn

das für 1905 während des Krieges und der innern Wirren der Fall war, die für weite Distrikte Rußlands nicht nur den Geschäfts-, sondern auch den Eisenbahnverkehr lähmten, so liegen die Folgerungen für die Zeiten friedlicher normaler Entwicklung recht nahe.

Fürst Bülow soll nach den neuern Dispositionen Berlin erst nach seinem Geburtstage (3. Mai) verlassen, seine Anwesenheit bei der dritten Lesung des Etats ist damit aufgegeben. Dagegen darf man annehmen, daß er, bevor er den Urlaub antritt, den Kaiser, der um diese Zeit in der Hauptstadt oder in Potsdam anwesend sein wird, wieder sehen und sprechen kann, wie denn seine fortschreitende Kräftigung ihm wohl schon in den nächsten Tagen den Empfang einzelner Persönlichkeiten ohne Gefährdung seines Zustandes ermöglichen wird. Erörterungen in einzelnen Kreisen, die eine über das Stellvertretungsgesetz hinausgehende allgemeine Vertretung des Reichskanzlers zum Gegenstande haben, etwa wie in den Jahren 1879 bis 1882 die sogenannte Vertretung Bismarcks durch den Grafen Stolberg-Wernigerode, kommt bis jetzt nur eine akademische Bedeutung zu, jedenfalls so lange, als nicht feststeht, ob und in welchem Umfange Fürst Bülow die Geschäfte während seiner Abwesenheit in der Hand behält. Das Stellvertretungsgesetz hat immerhin einen Reichskanzler zur Voraussetzung, der die leitenden Gedanken für die allgemeine Politik gibt, der die wichtigeren Fragen im Auge behält und von dem vorbehaltlich Rechte, jederzeit eingreifen zu können, Gebrauch zu machen vermag. Zum Glück besteht alle Hoffnung, daß das bei dem Fürsten Bülow während seines Urlaubs der Fall sein wird.

Das Ausscheiden des Geheimrats von Holstein aus dem Auswärtigen Amte hat zu umfangreichen publizistischen Erörterungen Anlaß gegeben. Im Grunde genommen sollte es nicht auffallen, daß sogar ein sehr verdienstvoller Beamter mit neunundsiebzig Jahren in den Ruhestand tritt, zumal bei stark geminderter Sehkraft. Mit dem Eintritt eines neuen Staatssekretärs war das ohnehin vorauszusehen. Die Tätigkeit des Freiherrn von Richthofen hatte zum großen Teil auf andern Gebieten gelegen, in der Leitung der auswärtigen Politik war der Dirigent der politischen Abteilung der hauptsächlichste Gehilfe des Reichskanzlers geworden. Aber doch immer nur der Gehilfe. Polemiken, auch in ausländischen Zeitungen, die den Sachverhalt so darstellen, als ob Herr von Holstein wider bessern Willen und Einsicht des Reichskanzlers der deutschen Marokkopolitik ihre Bahnen vorgezeichnet, ihr das zeitweise ernste Gepräge verliehen und eine direkte Verständigung mit Frankreich hintertrieben habe, entsprechen nicht den Tatsachen. Fürst Bülow sieht doch auch nicht so aus, als ob er sich seine politischen Entschlüsse von seinen Untergebenen oktroyieren ließe. Gerade die Entschädigungsvorlage für den Reichstag hat zum Beispiel den Beweis des Gegenteils gebracht. Der Kanzler hat sie mit sehr großem Nachdruck im preussischen Staatsministerium gegen dessen scharf dissentierende Ansichten durchgesetzt. Noch viel weniger würde er sich in der auswärtigen Politik, seinem eigensten Gebiete, die Richtschnur vorzeichnen lassen. Herr von Holstein ist deshalb auch keineswegs ein „Opfer“ der Marokkopolitik oder des Konferenzergebnisses. Das beweist unter anderm die Verleihung der Brillanten zum Roten Adlerorden, gerade für die Marokkopolitik, sowie die weitere Tatsache, daß er sein erstes Abschiedsgesuch schon zu Neujahr eingereicht hatte. Die unmittelbare und einzige Ursache ist die, daß mit dem Eintritt des Herrn von Tschirschky als Staatssekretär die bisherige Bewegungsfreiheit des Herrn von Holstein ganz natürlich Einschränkungen erleiden mußte, die ihm nicht zusagten, weil das Maß von Selbständigkeit, das er für sich beanspruchte, mit der Betätigung des Staatssekretärs kollidieren mußte. Erörterungen darüber, ob das notwendig zur Verabschiedung führen mußte, haben jetzt, nachdem die vollendete Tatsache vorliegt, keinen Wert mehr. In Herrn von Holstein hat das Auswärtige Amt zweifellos eine bedeutende Kraft verloren, für den Augenblick wohl unstreitig die bedeutendste. Aber es mag sein, daß eine Häufung von Reibungen aller Art, wie sie mit dem langjährigen Verbleiben auf einem Posten nicht selten verbunden sind, keinen andern Ausweg offen ließ.

Das dem Reichstage versprochne Osterei: die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder ist, wenn auch nicht zu Ostern, so doch noch in den Osterferien im Bundesrate zustande gekommen und ist der Gegenstand weitgehender publizistischer Erörterungen. Im ganzen entspricht der Inhalt den Andeutungen, die darüber seit längerer Zeit in Umlauf waren und längst durch die Presse bekannt geworden sind. In der Begründung der Vorlage ist jede politische Erwägung oder Verührung der Prinzipienfrage sorgfältig vermieden worden. Da der Grundsatz einer Entschädigung von den Regierungen einmal angenommen worden ist, liegt kaum ein Grund vor, das Für und Wider noch in der Begründung abzuwägen, es wäre wohl auch nicht ganz leicht gewesen, für eine so schwer wiegende Abänderung der Verfassung eine ausreichende schriftliche „Begründung“ zu entwerfen, zumal da wohl kaum eine der im Bundesrate vertretenen Regierungen aus voller Überzeugung an die Sache geht. Zu einer politischen Begründung müßte bis in die Verhandlungen, die der Errichtung des Norddeutschen Bundes vorausgingen, und bis in die Zeiten der Versailler Verträge zurückgegriffen werden, auch wäre bei dem Versuch einer politischen Begründung der Vorlage vielleicht doch die eine oder die andre Regierung stutzig geworden. Die vom Grafen Posadowsky als „Stellvertreter des Reichskanzlers“ gezeichnete Vorlage ist viel weniger eine Konzession der einzelnen Regierungen an den Reichstag, zu der sie wohl nicht so leicht zu haben gewesen wären, als eine Konzession an den Reichskanzler, der sich schließlich der Meinung des Grafen Posadowsky angeschlossen hatte, daß sich das Verfagen der parlamentarischen Reichsmaschine auf andern Wege ohne große innere Schwierigkeiten, für die der Augenblick nicht gegeben sei, nicht beseitigen lasse, daß er aber für die Fortdauer dieses Zustandes die Verantwortung nicht länger übernehmen könne. Richter jeder politischen Maßregel ist der Erfolg. Vorausgesetzt, daß das Gesetz überhaupt zustande kommt, wird damit ein großes Prinzip aufgegeben und dem demokratischen Zuge der Zeit ein gewaltiges Zugeständnis gemacht werden. Wirklich dem demokratischen? Oder war der Gedanke, daß das höchste Ehrenamt der Nation unbefolget und unentschädigt sein müsse, nicht viel demokratischer?

Jedenfalls kommen wir damit ein großes Stück von dem Idealismus zurück, der einst die Wiege des jungen Reiches umgab und in der Zusammensetzung des Reichstags von 1867 bis zur Mitte der siebziger Jahre seinen Ausdruck fand. \*§\*



**Die Verbreitung des Odol über die ganze Erde steht ohne Beispiel da.**

*Es gibt kein zweites Industrieprodukt, das eine derartig enorme Verbreitung in allen Ländern gefunden hat.*